

Senatorin für Finanzen

08. Januar 2014

Herr Schmiedel

Tel.: 2352

Vorlage für die Sitzung des Senats am 21. Januar 2014

„Krankenschein doch nicht ausgestorben?“

Anfrage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 12. Dezember 2013

Die Abgeordneten Björn Fecker und Dr. Matthias Güldner und die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben folgende Anfrage für die Fragestunde gestellt:

1. Welche Kenntnisse hat der Senat zu der Frage, ob Beamtinnen und Beamte der Polizei Bremen beim Arztbesuch noch einen Krankenschein abgeben müssen?
2. Welche Kenntnisse hat der Senat zu der Frage, ob dieser „Krankenscheinzwang“ auch für die Beamtinnen und Beamte der Ortspolizeibehörde Bremerhaven gilt?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, beispielsweise unter Einbeziehung des Dienstausweises, Verfahren zu vereinfachen?

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen und Beamte und Beamtinnen der Berufsfeuerwehren erhalten einmal jährlich ein Scheckheft mit Krankenscheinen, Zahnbehandlungsscheinen und Vorsorgescheinen, mit denen eine für die Heilfürsorgeberechtigten kostenfreie Behandlung durch den Dienstherrn gewährt wird. Zusätzlich enthält das Scheckheft auch die Scheine für die Übernahme der Kosten bei Dienstunfällen.

Zu 2.:

Für die heilfürsorgeberechtigten Beamten und Beamtinnen der Polizei Bremerhaven wurde zum 01. Dezember 2004 eine Krankenversichertenkarte eingeführt.

Zu 3.:

Nach den Erkenntnissen einer im Mai 2011 eingesetzten Projektgruppe bei der Polizei Bremen sind die Dienstausweise (Multifunktionskarten) der Polizei Bremen grundsätzlich technisch geeignet, die Integration einer Krankenversichertenkarte zu gewährleis-

ten.

Die Senatorin für Finanzen wird die Auswirkungen einer Chipkarte auf das derzeitige Abrechnungsverfahren bei Performa Nord, die haushaltsmäßigen Veränderungen, die datenschutzrechtlichen Belange, die Einbeziehung der Feuerwehr Bremen und den Abschluss einer Vereinbarung mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen unter Einbeziehung der Ergebnisse der Projektgruppe bei der Polizei Bremen prüfen.